



Europawahl 2019

Fragen und Antworten zu Positionen der CDU



CDU

Europawahl 2019

Fragen und Antworten zu Positionen der CDU

Der Wahlkampf zur Europawahl geht in die letzte Woche. Unsere Mitglieder und Freunde sind seit Wochen im Dauereinsatz am Stand, auf Veranstaltungen, auf Marktplätzen und bei Hausbesuchen. Viele Fragen werden dabei gestellt, auf die die Bürger konkrete Antworten erwarten.

In der CDU-Bundesgeschäftsstelle haben wir jetzt aus eigenen Erfahrungen, aus Briefen und Mails an das Konrad-Adenauer-Haus sowie aus Ihren Rückmeldungen die häufigsten Fragen herausgezogen. Auf diese geben wir im Folgenden Kurzantworten – zur Unterstützung Ihrer letzten Einsätze bis zum Wahltag am 26. Mai. Wir hoffen, dass Ihnen diese kurze Liste hilft.

I. EU-MITGLIEDSCHAFT

1. Warum soll Deutschland in der EU bleiben?

Die Europäische Union ist unser Garant für Frieden und Freiheit.

Die EU garantiert mit offenen Grenzen und freiem Handel unseren Wohlstand.

Deutschland stellt nur 1 Prozent der Weltbevölkerung. In einer Welt im Wandel können wir nur gemeinsam mit einem starken Europa für die Achtung der Menschenrechte, für unsere sozialen Errungenschaften sowie für Sicherheit und Stabilität eintreten.

2. Wie steht die CDU zum Brexit?

Wir bedauern den Austrittswunsch der Briten.

Das Vereinigte Königreich ist und bleibt ein wichtiger europäischer Partner – allem voran bei Wirtschaft, Klimaschutz, Sicherheit und Verteidigung.

Wir wollen auch künftig eine gute Zusammenarbeit und die Tür für das Vereinigte Königreich offenhalten. Rosinenpicken lehnen wir aber ab.

3. Will die CDU den EU-Austritt von Staaten künftig erschweren?

Die Entscheidung über die Mitgliedschaft in der EU kann und muss jedes Land für sich selbst treffen. Falls sich ein Land entscheiden sollte, aus der EU auszutreten, soll dies ordentlich und geregelt ablaufen. Das Verfahren ist in den EU-Verträgen geregelt.

4. Will die CDU weitere Staaten in die EU holen?

Der innere Zusammenhalt der Europäischen Union darf durch die Aufnahme neuer Mitglieder nicht geschwächt werden. In den kommenden fünf Jahren hält die CDU daher die Aufnahme weiterer Staaten nicht für sinnvoll.

Grundsätzlich muss gelten: Staaten können erst beitreten, wenn sie alle Kriterien vollständig und auf Dauer erfüllen. Dabei darf es keine Abstriche geben.

Für uns gilt der Grundsatz „Vertiefen geht vor Erweitern“.

II. EU-POLITIK – GRUNDSÄTZLICHES UND VERFAHREN

5. Soll die Europäische Union sich als Wertegemeinschaft verstehen?

JA. Die EU war vom ersten Tag ihres Bestehens an eine Wertegemeinschaft.

Unsere abendländische Prägung ist die Grundlage für unsere europäische Lebensweise.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass bei Entscheidungen in der EU das kulturelle, religiöse und humanistische Erbe Europas berücksichtigt wird

6. Will die CDU, dass die EU langfristig zu einem föderalen Bundesstaat wird?

NEIN. Die CDU will eine starke EU, die von starken Nationalstaaten getragen wird. Das ist im Interesse aller.

Es gibt viele Bereiche, die regional oder national viel besser geregelt werden können.

Wir stehen zum Grundgedanken der Subsidiarität: Entscheidungen sollen so nah am Bürger getroffen werden, wie es möglich ist.

7. Die CDU will in der Außen- und Sicherheitspolitik das Prinzip der Einstimmigkeit aufheben. Was heißt das?

Zu den Grundsätzen der EU gehörte immer, dass andere EU-Staaten nicht über einzelne Staaten gegen deren Willen entscheiden dürfen. Das ist das Prinzip der Einstimmigkeit.

Bei vielen Fragen gilt in der EU aber schon heute die Mehrheitsentscheidung.

Vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik wollen wir Mehrheitsentscheidungen stärken.

In besonders sensiblen Politikbereichen wie etwa dem Steuerwesen, der sozialen Sicherheit, dem Beitritt neuer Länder zur EU, ist weiterhin Einstimmigkeit notwendig.

8. Warum lehnt die CDU Volksabstimmungen zu EU-Verträgen ab?

Die Verträge zur EU sind sehr umfassend. Viele Fachleute und Politiker verhandeln sehr lange und sehr intensiv. Schon die Vorlagen sind immer komplizierte Kompromisse. Diese lassen sich nicht einfach auf Ja-Nein-Abstimmungen herunterbrechen.

9. Soll die EU eigene Steuern erheben können?

NEIN. Das lehnt die CDU ab. Die Steuerlast soll nicht weiter steigen.

Das bisherige System der Finanzierung der Europäischen Union durch die Nationalstaaten hat sich bewährt.

10. Warum lehnt die CDU die Einführung von Eurobonds ab?

Eurobonds sind Schuldverschreibungen, für die alle EU-Staaten gemeinsam gerade stehen. Deutsche Steuerzahler müssten dann für Schulden anderer Staaten eintreten.

Wir meinen: Haftung und Verantwortung müssen in einer Hand bleiben.

Jeder Mitgliedstaat muss für seine eigenen Schulden selbst haften.

Wir wollen eine echte Stabilitätsunion und keine Schulden- und Haftungsunion.

11. Soll das EU-Parlament Gesetze einbringen können, die unser Leben beeinflussen?

JA. Wie alle nationalen Parlamente muss auch das Europäische Parlament Gesetze auf den Weg bringen können. Wenn die von den Bürgern Europas gewählten Abgeordneten eigene Gesetzesvorschläge einbringen können, stärkt das die europäische Demokratie und das EU-Parlament.

12. Soll es zu Europawahlen Pflicht werden, dass Parteien gleich viele Frauen und Männer aufstellen?

NEIN. Die CDU will gleiche Chancen für Männer und Frauen. Das liegt uns am Herzen. Eine verbindliche Regelung für gleich viele Frauen und Männern auf den Wahllisten lehnt die CDU jedoch ab.

Manfred Weber hat darüber hinaus erklärt, er will die Kommission im Fall seiner Wahl mit gleichviel Männern und Frauen besetzen.

III. DIE EVP – WAS IST DAS?

13. Die CDU gehört zur EVP (Europäischen Volkspartei). Wer gehört noch dazu?

Zur EVP gehören die christdemokratischen und die konservativ-bürgerliche Parteien Europas.

Weitere Informationen zur EVP finden Sie hier: <https://www.eppgroup.eu/de>

14. Wie viele Parteien und Abgeordnete gehören im EU-Parlament zur EVP?

Im EU-Parlament gehören aktuell 47 Parteien der EVP sowie einige unabhängige Abgeordnete zur EVP-Fraktion.

Insgesamt stellen diese Parteien derzeit 216 Abgeordnete. Weil die Mitgliedschaft der ungarischen Fidesz in der EVP ruht, unterstützen derzeit 205 Abgeordnete die Politik der EVP und den gemeinsamen Spitzenkandidaten Manfred Weber.

15. Gehören zur EVP auch nationalistische und extreme Parteien?

NEIN. Die nationalistischen und extrem rechten Parteien haben sich 2009 in einer eigenen Fraktion zusammengeschlossen. Diese Fraktion nennt sich Europäische Konservative und Reformen. Außerdem gibt es noch die rechtspopulistische Fraktion „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“, zu der auch die AFD gehört.

IV. FRIEDEN und SICHERHEIT

16. Was heißt das: Offene Grenzen nach innen. Sichere Grenzen nach außen?

Offene Grenzen nach innen: Die Grenzen innerhalb Europas sind weitgehend offen. Das soll so bleiben. Grenzkontrollen finden i.d.R. nicht statt, Waren können EU-weit frei gehandelt werden. Wir können frei reisen und überall in der EU leben und arbeiten.

Sichere Grenzen nach außen: Wir wollen Schengen vollenden. Die Kontrolle der EU-Außengrenzen (am Mittelmeer, zur Türkei und Osteuropa, Russland) wollen wir erheblich verbessern. Wir müssen wissen, wer sich in der EU aufhält. Denn in der EU kann sich jeder frei bewegen.

17. Wie will die CDU den Schutz der Außengrenzen verbessern?

Zum Schutz der Außengrenzen setzt die EU eine gemeinsame Europäische Grenz- und Küstenwache ein. Deren Kurzname ist Frontex. Diese Agentur wurde 2004 gegründet. Sie hat ihren Sitz in Warschau.

Wir wollen sie zu einer richtigen Grenzpolizei ausbauen. Mindestens 10 000 zusätzliche Grenzschilder sollen dazu kommen. Deutsche Polizisten sollen sich daran beteiligen.

18. Soll die EU eine eigene Armee mit entsprechendem Verteidigungsbudget erhalten?

JA – dies ist unsere langfristige Vision.

Dazu wollen wir kurzfristig die militärische Zusammenarbeit der nationalen Streitkräfte erheblich verbessern und stärker vernetzen. Gemeinsame europäische Streitkräfte soll es ab 2030 geben.

19. Die CDU will ein europäisches FBI. Was heißt das?

Was wir in Europa brauchen, ist eine Sicherheitsunion. Mehr Sicherheit in und durch Europa bedeutet auch mehr Sicherheit für Deutschland.

Denn: Kriminelle und Terroristen machen nicht an Grenzen Halt. Daher müssen sich auch die Sicherheitsbehörden vernetzen und über Grenzen hinweg tätig sein.

20. Soll Deutschland weiter eigene Grenzkontrollen durchführen können?

JA.

Solange der EU-Außengrenzschilder nicht gewährleistet ist, halten wir an der Möglichkeit befristeter Grenzkontrollen fest.

V. MIGRATION / FLÜCHTLINGE / INTEGRATION

21. Wie will die CDU die Flüchtlingszahlen reduzieren?

Zunächst stellen wir fest: Die Zahlen sind seit 2015 schon sehr deutlich gesunken! Darüber hinaus gilt: Asyl soll nur erhalten, wer Schutz braucht. Wer keinen Schutz braucht, muss die EU schnell wieder verlassen. Wir wollen das EU-weit einheitlich regeln und konsequent durchführen. So gibt es keine Fehlanreize.

22. Wie will die CDU Flucht-Migration ordnen?

Die CDU will europäische Transitzentren einrichten. Von dort erfolgt die Verteilung in die Staaten der EU. Wer keinen Schutz braucht, soll von dort zurückgeführt werden. Wer ohne Berechtigung, ohne Papiere oder eindeutige Identitätsfeststellung einreisen will, wird solange in Transitzentren bleiben, bis Anspruch und Identität geklärt sind.

23. Sollen in allen EU-Ländern gleiche Regeln für Asylverfahren gelten?

JA. Nur so kann eine Weiterreise innerhalb Europas verhindert werden. Das betrifft unter anderem die Verfahren, aber auch die Rückführung.

24. Wie will die CDU in der EU Fluchtursachen bekämpfen?

Wir wollen, dass die Menschen vor Ort Perspektiven für ihr Leben erhalten. Dazu leistet die EU schon heute viel. Mit dem Marshallplan mit Afrika investieren wir in eine nachhaltige Entwicklungspolitik im Sinne der Agenda 2030 und schaffen Chancen für Aufschwung und Arbeitsplätze durch private Investitionen und faire Handelsabkommen.

VI. DIGITALES / WIRTSCHAFT / HANDEL

25. Will die CDU Upload-Filter vorschreiben?

NEIN. Unser Grundsatz ist: Bezahlen statt Blocken.
Das bedeutet: Alle Inhalte können zunächst hochgeladen werden.
Es muss aber geklärt werden, ob Rechte Dritter berührt werden.
Upload-Filter wollen wir verhindern.

26. Sollen Unternehmen innerhalb der EU auch EU-Ausländer einstellen dürfen?

JA. In der EU herrscht Freizügigkeit. Das soll so bleiben.
Damit können Arbeitnehmer frei innerhalb der EU leben und arbeiten.
Ein Arbeitgeber kann Mitarbeiter in jedem Staat der EU suchen und jeden EU-Bürger einstellen.

27. Warum ist die CDU gegen einen EU-Mindestlohn?

Arbeitnehmer sollen überall in der EU zu fairen Bedingungen arbeiten. Deshalb darf es kein europäisches Lohndumping geben. Aber: Die Arbeitsmarktpolitik soll weiterhin Aufgabe der Mitgliedsstaaten bleiben. Nicht die EU, sondern die einzelnen Mitgliedsstaaten und die in ihnen tätigen Tarifpartner sollen weiterhin über die Einführung und gegebenenfalls die Höhe eines Mindestlohns entscheiden.

28. Wie steht die CDU zu den Russland-Sanktionen?

Die CDU will, dass Russland das Friedensabkommen von Minsk vollständig umsetzt. Bis dahin bleiben die Sanktionen der EU in Kraft.

Wir wollen aber weiterhin eine enge politische Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland in Fragen der Sicherheit und des Klimaschutzes.

VII. SOZIALES

29. Soll Sozialpolitik künftig stärker zentral durch die EU geregelt werden?

Wir meinen: Sozialpolitik muss in der Zuständigkeit der Staaten bleiben. Die Politik dort kann am besten gute Entscheidungen treffen.

Die CDU steht aber dafür, dass es Grundstandards gibt – bei Arbeitnehmerrechten, sowie Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards.

30. Soll das Kindergeld für Kinder außerhalb Deutschlands an die Leistungen des jeweiligen Landes angepasst werden?

JA. Wer hier lebt und arbeitet hat Anspruch auf Kindergeld. Das soll so bleiben.

Missbräuchlichen Kindergeldtransfer ins Ausland werden wir aber beenden.

Fließt Kindergeld für Eltern aus anderen Mitgliedstaaten der EU ins Ausland, soll es auf dem Niveau des Landes gezahlt werden, in dem ihre Kinder leben.

31. Wie will die CDU Sozialmissbrauch in Europa verhindern?

Die Freizügigkeit in Europa ist ein hohes Gut. Sie darf aber nicht zum Missbrauch der Sozialsysteme führen. Zuwanderung, die darauf gerichtet ist, die Sozialhilfe unseres Landes auszunutzen, treten wir auf allen politischen Ebenen entgegen.

32. Bekommen EU-Bürger in Deutschland automatisch Sozialleistungen?

NEIN. EU-Ausländern, die nicht bereits in Deutschland gearbeitet haben, stehen in den ersten fünf Jahren keine Sozialleistungen zu. Diese sind im jeweiligen Heimatland zu beantragen. Wer allerdings hier arbeitet und Beiträge gezahlt hat, der hat auch einen berechtigten Anspruch auf Leistungen.

VIII. KLIMA / UMWELT / NATUR

33. Was plant die CDU für die europäische Klimapolitik?

Wir schlagen einen europäischen Pakt für Klimaschutz vor, mit dem wir eine gesamteuropäische Strategie für einen effektiven Klimaschutz definieren und umsetzen.

Wir fordern die globale Bepreisung der Treibhausgasemissionen und deren rasche Umsetzung, notfalls zunächst auf Ebene der G20-Staaten. Wir wollen bis 2050 des Jahrhunderts Europas Klimaneutralität erreichen.

34. Will die CDU Einwegplastik in der EU ganz verbieten?

NEIN. Richtig ist aber: Der Plastikflut in den Weltmeeren und dem Eintrag von Mikro- und Nanoplastik wollen wir ein Ende setzen. Deshalb soll das Plastikverbot auf weitere Einwegprodukte ausgeweitet werden.

Wir werden auch internationale Abkommen zur Plastikvermeidung abschließen.

Stand: 20. Mai 2019